

Klimakrise

# Eine riesige Investition gegen den Klimaernstfall

Frankreich will sich mit dem Segen der Bevölkerung für vier Grad Erwärmung rüsten. Ist das übertrieben oder weitsichtig? Es wäre jedenfalls sehr teuer.

Von **Annika Joeres**

5. Juni 2023, 4:56 Uhr / [212 Kommentare](#) /

EXKLUSIV FÜR ABONNENTEN



Waldbrände neben der Dune du Pilat im Südwesten Frankreichs  
letztes Jahr © Gaizka Iroz/AFP/Getty Images

Weltweit häufen sich Wetterextreme wie Hitzewellen, Dürren und Überschwemmungen. Die neue Normalität in Zeiten des Klimawandels? Dieser Text ist Teil des Schwerpunkts "Sommer der Extreme [<https://www.zeit.de/thema/extremwetter>]".

Rechnen Sie Ende des Jahrhunderts mit rund doppelt so vielen extremen Dürretagen – oder sogar mit fünfmal so vielen? Wird bis dahin nur ein bisschen weniger Schnee fallen, oder sogar ein Viertel weniger? Solche Fragen kann nun jeder Mensch in Frankreich beantworten: Französinnen und Franzosen sollen sich die Klimakrise der Zukunft ausmalen. In Rathäusern und auf der Internetseite des Umweltministeriums [<https://www.ecologie.gouv.fr/trajectoire-rechauffement-reference-ouverture-consultation-publique>] sollen sie dann angeben, ob sie sich auf eine um zwei Grad Celsius heißere Welt bis zum Jahr 2100 einstellen wollen – oder eine um vier Grad.

Damit geht die französische Regierung einen europaweit einmaligen Weg: Normalerweise bestimmen Regierungen alleine über ihre Anpassungspläne an die Klimakrise. Und nur

selten geben sie konkrete Zahlen vor, mit welchem Temperaturanstieg sie rechnen.

Denn tatsächlich ist diese Einschätzung sehr politisch: Niemand kann heute auf die Kommazahl hin angeben, welche höhere globale Temperatur die Wahrscheinlichste ist. Regierungen können entscheiden, ob sie mit dem Schlimmsten rechnen wollen – oder mit optimistischeren Szenarien.

Frankreichs Umweltminister Christophe Béchu hat sich wohl schon lange vor der aktuellen Befragung festgelegt: Das Nachbarland müsse mit einer vier Grad höheren Temperatur rechnen, alles andere sei "Verleugnung", schrieb er in einem Dossier über die Klimaanpassung der französischen Regierung [[https://www.ecologie.gouv.fr/sites/default/files/DP\\_TRACC.pdf](https://www.ecologie.gouv.fr/sites/default/files/DP_TRACC.pdf)]. Nur so sei das Land widerstandsfähig und könne sich "so nah wie möglich an den Realitäten vor Ort" orientieren.

Mit der aktuellen Befragung will sich die Regierung offenbar den Rückhalt ihrer Bevölkerung holen. Denn einige der in Zukunft nötigen Entscheidungen für ein Leben mit dem Klimawandel könnten ungemütlich werden.

Wassermangel

Dürre in Südfrankreich

**Pools oder Gemüse – wofür reicht das Wasser noch?**

[<https://www.zeit.de/wissen/umwelt/2023-05/duerre-suedfrankreich-wasser-pool-verbot-klimakrise>]

## **Es gibt keine Gratisanpassung an Hitze, Wassermangel und steigenden Meeresspiegel**

Offensichtlich spielen für diese weitreichenden Ankündigungen auch die aktuellen Klimaerfahrungen Frankreichs eine Rolle: Noch immer herrscht in einigen Teilen Frankreichs große Dürre – so groß, dass in einigen Regionen der Verkauf von Schwimmbecken verboten wurde [<https://www.zeit.de/wissen/umwelt/2023-05/duerre-suedfrankreich-wasser-pool-verbot-klimakrise>], in anderen sogar der Neubau von Häusern oder Wohnungen, weil die künftigen Einwohner voraussichtlich nicht mehr versorgt werden können.

"Jeder und jede spürt es heute", schreibt Minister Christophe Béchu. "Dürreperioden und Hitzewellen nehmen zu, die Wasserressourcen werden immer knapper, die Schneefälle nehmen ab und die Küstenlinie zieht sich zurück." Nach den Problemen der vergangenen Monate – Hunderte Städte mussten mit Tanklastern beliefert werden – will die Regierung nun offenbar den Eindruck vermitteln, nach Lösungen zu suchen: Vor wenigen Wochen stellte sie einen Wasserplan vor, um die Versorgung des Landes stabil zu halten. Wasser soll demnach bei überdurchschnittlicher Nutzung teurer werden, Kommunen sollen Pläne ausarbeiten, um Wasser zu sparen. An einigen wichtigen Stellen, etwa bei der

## Wasserversorgung von Atomkraftwerken und der Landwirtschaft

[<https://www.zeit.de/wissen/umwelt/2023-04/frankreich-duerre-wassermangel-strategie>], bleibt das Konzept bisher zwar vage. Doch Ende des Jahres soll ein umfassender Anpassungsplan vorliegen.

## **Sich anzupassen, heißt nicht, Klimaschutz weniger ernst zu nehmen**

"Grundsätzlich ist eine Vorbereitung auf höhere Temperaturen, die mehr Hitzetage, Überschwemmungen und Dürren mit sich bringen, natürlich sinnvoll", sagt Inke Schauser, Expertin für Klimafolgen und Anpassung beim Umweltbundesamt. Es gebe aber keine Gratisanpassung. Jede Veränderung koste etwas. Zwar würden viele Menschen grünere Städte mit kühlendem Effekt begrüßen, aber auch da gebe es Nachteile: etwa die Kosten für die Entsiegelung und Begrünung oder die Flächenkonkurrenz zu Geschäften, Wohnungen oder Parkplätzen. Je höher der Meeresspiegelanstieg, mit dem man rechnet, desto teurer würde der Küstenschutz, etwa durch höhere Deiche. "Deswegen sind konkrete Zahlen in den Anpassungsplänen auch eine heikle politische Entscheidung, eben weil sie so viel Investitionen und Überzeugungsarbeit nach sich ziehen."

Deutschland hat bislang keine genauen Angaben dazu gemacht, auf wie viele Erwärmungsgrade sich das Land vorbereiten will. So findet sich sowohl in den Aktionsplänen Anpassung [<https://www.umweltbundesamt.de/themen/klima-energie/klimafolgen-anpassung/anpassung-an-den-klimawandel/anpassung-auf-bundesebene-neu/aktionsplan-anpassung>] als auch in der Anpassungsstrategie [<https://www.umweltbundesamt.de/tags/anpassungsstrategie>] – also den beiden wichtigsten deutschen Plänen – keine konkrete Zahl.

## **Die Welt steuert auf 2,8 Grad – in Frankreich und Deutschland werden es mehr**

Die Zahl von vier Grad, die Frankreich angibt, ist übrigens nicht dieselbe wie die der globalen Erwärmung, von der beispielsweise der Weltklimarat spricht. Denn Landmasse erwärmt sich schneller als das Meer – der globale Temperaturanstieg ist aber immer ein Mittel aus beidem und daher niedriger als das, was auf den Kontinenten zu erwarten ist. Auf dem Land wiederum erhitzen sich die Berge stärker als das Flachland. So ist auch die französische Prognose landesweit zu verstehen: Das Umweltministerium geht von vier Grad für Frankreich aus, was global etwa drei Grad bedeuten würden.

Der Deutsche Wetterdienst beschreibt diesen Unterschied für Deutschland so [[https://www.dwd.de/DE/klimaumwelt/klimawandel/klimawandel\\_node.html](https://www.dwd.de/DE/klimaumwelt/klimawandel/klimawandel_node.html)]: Die durchschnittliche, jährliche Lufttemperatur in Deutschland sei im Flächenmittel zwischen 1881 und 2021 um 1,6 Grad angestiegen – global aber nur um rund ein Grad.

Ob global drei oder national vier Grad – beides liegt weit über dem Ziel des Pariser Klimavertrages, die Erderhitzung deutlich unter zwei Grad zu halten. Hat sich die

französische Regierung etwa damit abgefunden, dass das 2015 in der eigenen Hauptstadt unterschriebene Abkommen nicht eingehalten wird? Sie behauptet: Nein. "Wir kämpfen weiter für den Pariser Vertrag", sagt Minister Béchu. Aber die Politik "aller Staaten der Erde" müsste sich noch grundsätzlich wandeln, um ihn einzuhalten. Nach Forschenden der Initiative Climate Action Tracker [[https://climateactiontracker.org/documents/1083/2022-10-26\\_StateOfClimateAction2022\\_kR0sbBZ.pdf](https://climateactiontracker.org/documents/1083/2022-10-26_StateOfClimateAction2022_kR0sbBZ.pdf)] hat bislang tatsächlich kein Industrieland der Erde einen Plan vorgelegt, der kompatibel mit dem 1,5-Grad-Ziel ist. Selbst wenn alle Klimaschutzpläne umgesetzt würden, steuere die Welt auf eine Erhitzung zwischen 2,4 und 2,8 Grad hin.

"Es ist sehr wichtig, bei diesen Diskussionen nicht Anpassung gegen Klimaschutz auszuspielen", sagt Expertin Schauser. Oder, anders ausgedrückt: Sich anpassen zu wollen, solle nicht heißen, Klimaschutz weniger ernst zu nehmen. Die Menschheit könne sich ohnehin nicht auf alles vorbereiten, und viele Tier- und Pflanzenarten erst recht nicht – es gebe klare Grenzen der Anpassung: Auch begrünte Städte helfen nur bis zu bestimmten Hitzeextremen. Treibhausgase zu reduzieren, sei auch bei umfassender Anpassung unerlässlich. Etwa für die Gletscher oder Korallenriffe, die schon bei heutigem Temperaturanstieg vermehrt abschmelzen und absterben. Oder auch für Tiere und Pflanzen, die bei höheren Temperaturen nicht schnell genug in neue Lebensräume wandern können oder etwa in Mittelgebirgen nicht weiter oben siedeln können, weil es selbst oben am Gipfel zu warm für sie ist.

Sicher ist: Wer versucht, sich an starke klimatische Veränderungen anzupassen, muss viel Geld ausgeben. Böden zu entsiegeln und Flüsse zu renaturieren, um Starkregen aufnehmen zu können, Wohnviertel an der Küste umzusiedeln, weil das Meer ansteigt – all dies sind milliardenschwere und zudem meist öffentliche Investitionen.

## **Wo sollen die Milliarden für die Klimaanpassung herkommen?**

Auch über die Finanzierung diskutiert Frankreich. Am Tag, als die Konsultation der Franzosen und Französinen startete, legte Jean Pisani-Ferry eine Rechnung vor [<https://www.strategie.gouv.fr/sites/strategie.gouv.fr/files/atoms/files/2023-incidences-economiques-transition-climat-rapport-de-synthese.pdf>]. Der Ökonom ist im Land sehr bekannt und gehörte einmal zu Emmanuel Macrons Beratern. Pisani-Ferry schätzt, der Staat müsse jährlich alleine 24 Milliarden Euro in besser isolierte und klimafreundlich beheizte Gebäude investieren, viele weitere Milliarden werden für eine angepasste Infrastruktur – etwa hitzeresistentere Krankenhäuser – fällig. Pisani-Ferry sagt, dafür müsse sich der Staat erstens noch stärker verschulden und zweitens eine Sondersteuer auf das Finanzvermögen der zehn Prozent der wohlhabendsten Franzosen erheben, die rund fünf Milliarden Euro pro Jahr einbringen würde. Die Einnahmen sollte der Staat explizit für Klimaschutz und -anpassung nutzen.

"Es ist unerträglich für die Menschen, sich sagen zu lassen 'Sie können Ihr Auto mit Verbrennungsmotor nicht mehr benutzen', während die Wohnhabenden für ihr Wochenende

Extreme

## Waldbrände

### Wälder in Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Hessen brennen

[<https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2023-06/waldbraende-mecklenburg-vorpommern-luebtheen-hagenow-evakuierung>]

## Hitze

### Seit 111 Monaten zu warm

[<https://www.zeit.de/wissen/2023-06/hitze-weltkarte-mai-hitze-welle-extremwetter>]

## Rauch über New York

### Ein Schleier aus giftigem Rauch

[<https://www.zeit.de/wissen/2023-06/new-york-rauch-himmel-waldbraende-kanada-fs>]

Weitere Beiträge → [<https://www.zeit.de/thema/extremwetter>]

in Rom einfach ein bisschen mehr bezahlen werden", sagte Pisani-Ferry dazu in einem Interview mit der *Le Monde* [[https://www.lemonde.fr/politique/article/2023/05/22/jean-pisani-ferry-nous-preconisons-un-impot-exceptionnel-sur-le-patrimoine-financier-des-plus-aises-pour-la-transition-climatique\\_6174328\\_823448.html](https://www.lemonde.fr/politique/article/2023/05/22/jean-pisani-ferry-nous-preconisons-un-impot-exceptionnel-sur-le-patrimoine-financier-des-plus-aises-pour-la-transition-climatique_6174328_823448.html)]. Interessant daran: Eine ähnliche Vermögenssteuer (ISF) gab es schon einmal, aber Macron hat sie selbst 2018 als eine seiner ersten Amtshandlungen abgeschafft.

So zeigte sich die Regierung über den Vorschlag ihres ehemaligen Weggefährten auch wenig begeistert. Eine neue Steuer sei "nicht die Lösung", sagte Finanzminister Bruno Le Maire. Und fügte vage hinzu, die Steuern müssten aber "grüner werden". Somit reiht sich Frankreich dann doch wieder in die Riege der Staaten ein, die für ihre Anpassung an die Klimakrise noch im Ungefähren verharren.